

# *Resümee*

## *Friedrich August von Hayek-Symposium*

### *24.4.2024*

1944 erschien „Der Weg zur Knechtschaft“, das berühmteste Werk von Friedrich August von Hayek, in dem er seine Überlegungen zur einer Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Freiheit über allem steht, niederschrieb. Die These, dass jeder Planwirtschaft eine Tendenz zum Totalitarismus innewohnt und dass es keinen Mittelweg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft geben kann, mutet 2024 aktueller denn je an. Aus diesem Anlass fand in der Wirtschaftskammer Wien im April 2024 ein hochkarätig besetztes Symposium statt, veranstaltet von der Wirtschaftskammer Wien, der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung und dem Wiener Wirtschaftskreis. Am Vorabend der Veranstaltung fand dazu ein Festakt in Kooperation mit der Wirtschaftskammer Österreich statt, bei der **Jens Weidmann, Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank AG** sowie **Professor an der Frankfurt School of Finance & Management** die Festrede hielt. In der Podiumsdiskussion zwischen **WKO-Präsident Dr. Harald Mahrer** und **Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel** ergaben sich interessante Aspekte der Bedeutung Hayeks für die Gegenwart. Bei beiden Events zeigte sich: Auch in unserer heutigen, hochkomplexen Welt können Hayeks Thesen und Gedanken wichtige Denk- und Handlungsanstöße geben - beispielsweise in Fragen der Vermeidung hoher Staatsverschuldung, der Förderung von Innovation, dem Abbau von überbordender Bürokratie oder der existenziellen Bedeutung von Wissen und Bildung.

Im historischen und wirtschaftspolitisch bedeutungsvollen Haus am Stubenring der Wiener Wirtschaftskammer begrüßte **DI Walter Ruck, Präsident der Wirtschaftskammer Wien**, das Publikum. „An dieser Adresse wirkten Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek“, so Ruck, „und es ist natürlich besonders spannend, dass Mises auch Mitarbeiter der Kammer war.“ Hayek und Mises gründeten das Institut für Konjunkturforschung, das örtlich auch am Stubenring beheimatet war. Ruck richtete seinen Dank an Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schüssel sowie Prof. Rudolf Taschner vom Wiener Wirtschaftskreis für die Organisation der Veranstaltung. Er betonte besonders die Bedeutung der interdisziplinären Konzeption des Wirtschaftskreises und schloss mit den Worten: „Die Wirtschaft ist nicht alles, aber in allem steckt Wirtschaft drin.“

Für **Prof. Dr. Rudolf Taschner, den Vorsitzenden des Wiener Wirtschaftskreises**, wirkt „die Aura von Hayek bis heute im Hause weiter“. 1870-1930 war Wien, so Taschner, das geistige Zentrum der Welt. Die Schule der Nationalökonomie war hier nur ein, wenn auch sehr wichtiger, Aspekt. Die Freiheit des Menschen sei nach der Überzeugung Hayeks der einzige Fortschritt in der Politik. Auch John Maynard Keynes habe Hayeks Buch gelobt. Von Laissez-Faire wollte Hayek aber nichts wissen, auch er plädierte - wie Walter Eucken - für einen starken Staat, der die Regeln und Formen festlegen, sich aber aus der wirtschaftlichen Führung

heraushalten sollte. Später übernahm z.B. Margaret Thatcher in England die Hayek'schen Thesen. Taschner warnte eindringlich vor dem „süßen Gift des Staates“ und kritisierte beispielsweise aktuelle Ideen, einfach so 20 Mrd. Euro in die Staatswirtschaft zu stecken. Die ständige Verschuldung schaffe eine „Politik der Gebundenheit junger Generationen“.

In seiner Eingangsrede hielt **Jens Weidmann** fest, dass Hayek noch 1968 als „herrlicher Dinosaurier“ betrachtet wurde. Es war die Hochzeit des Keynesianismus. Hayek, damals in Freiburg tätig, habe vom „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ gesprochen. Staatsschulden würden die Freiheit und die Entscheidungen der Menschen massiv einschränken. Stattdessen seien Kreativität und Erfindungsreichtum gefragt. Doch dazu brauche es sehr wohl einen staatlich verordneten Handlungsrahmen. In einer Zeit der heutigen Plattform-Ökonomie, so Weidmann weiter, hätte Hayek wohl besorgniserregende Tendenzen gesehen. Der Kampf zwischen guter Markttransparenz und Marktmacht werde hier durch eine unvorstellbare Datenagglomeration geführt, die ein digitales Missbrauchspotenzial in sich berge. Daher brauche es Regulierung und auch Kontrolle. Weidmann verwehrte sich gegen die These, Hayek sei von „ultraliberaler Gesinnung“ und würde gar „freiheitlichen Tendenzen“ von rechter Seite Tür und Tor öffnen. „Freiheit steht bei Hayek als Etikett für alles andere, als freiheitliches Gedankengut“, betonte Weidmann.

**a.o. Univ.-Prof. i.R. Dr. Hansjörg Klausinger, WU Wien**, ist Ko-Autor der jüngst erschienenen Biografie: „Hayek: A Life, 1899-1950“. Er gilt als ausgewiesener Hayek-Experte und wies darauf hin, dass heuer neben dem 125. Geburtstag von Hayek und dem 80. Jahr seit Erscheinen von „Der Weg zur Knechtschaft“ auch der 50. Jahrestag der Nobelpreisverleihung an Hayek begangen werde. Die Hayek oftmals zugeschriebene Rolle als „Ratgeber“ für die gegenwärtigen Herausforderungen wollte Klausinger nicht unkommentiert lassen. „Er hat kein monolithisches Werk hinterlassen“, so der Experte, „seine Thesen sind nicht unfehlbar und auch verbesserungswürdig.“ Doch auch wenn Hayek keine „vorfabrizierten Lösungen“ biete, so offerierten seine Ansichten doch „wichtige Einsichten für eine liberale Wirtschaftspolitik von heute“. In der Zeitreihe erscheint, so Klausinger, Hayeks Werk in mehrere Phasen unterteilt. Die 1930er-Jahre seien mit seinem Wirken in London verbunden, die 1950er-Jahre mit Chicago, die 1970er-Jahre schließlich mit Freiburg. Klausinger nennt das die Hayek-Phasen 1-3: Sie reichen, sehr kurz gefasst, vom Ansatz der reinen Ökonomie über die Idee des Liberalismus und der Kritik am Sozialismus bis hin zu theoretischen Überlegungen zur kulturellen Evolution. Für Hayek besonders schwierig waren die Jahre nach der Rückkehr aus den USA. In Österreich wurde er längst nicht als so bedeutend eingeschätzt wie in den USA. „In Wien ist Hayek lediglich begraben“, zitierte Klausinger eine Aussage aus einer frühen Biografie. Berühmt ist geworden ist Hayeks Auseinandersetzung mit Keynes in Fragen der Krisenbekämpfung. Hayek wies dabei auf das Ungleichgewicht in der Wirtschaftsstruktur hin und plädierte dafür, das Preissystem wirken zu lassen. Wobei, so Klausinger, weder die Idee, die Wirtschaft durch weiteres Geldausgeben anzukurbeln, alleine ebenso wenig funktioniere wie der Ansatz, alles dem Preis und dem Markt zu überlassen. Hayek betonte aber in Fragen der Inflation beispielsweise, dass es keine Inflationsbekämpfung ohne Konjunkturdämpfung geben könne. Er sprach sich dafür aus, die Aufgabe der Zentralbanken auf die Preisniveau-Stabilität zu konzentrieren und so den Geldwert zu sichern. Extrem wichtig bei Hayek ist der Ansatz der

Wissensteilung. Weil Wissen bei unterschiedlichen Akteuren vorhanden sei, fehle bei einem einzigen Lösungsansatz immer das Gesamtbild. Daher funktioniere auch das Modell der Planwirtschaft nicht - „Planwirtschaft und politische Freiheit geht nicht zusammen“, meinte Hayek. Wenn Hayek von einem starken Staat sprach, der die Rahmenbedingungen vorgeben solle, dann würde darunter auch eine Mindestversorgung der Menschen fallen. Aber Hayek warnte auch: Selbst eine liberale Demokratie laufe Gefahr, durch ein Konzept des „unlimited government“ in eine illiberale Demokratie abzugleiten. Hayek sprach sich dafür aus, nicht nur das Vorhandenes zu bewahren, sondern offen zu sein für Neues, für das Bessere. Wobei er unter Innovation nicht eine völlige Neukonstruktion verstand, sondern eine schrittweise Verbesserung des Gesamtsystems.

Für **Prof. Dr. Stefan Kolev, Wissenschaftlicher Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft, Berlin**, zeigt sich bei Hayek ein klarer Ansatz: „Laissez-faire within rules“, sei die zentrale Botschaft. Interventionen des Staates per se sind eigentlich Teufelszeug, aber ein regelhafter Interventionismus sei geboten. „Je besser der Rahmen, desto weniger Intervention im Preisprozess“, brachte es Kolev auf den Punkt. Nach der großen Depression fragte sich die Wissenschaft - auch Hayek - wie es nun weitergehen könne. Man trachtete danach, die Unordnungen im System zu verstehen, zu akzeptieren und Lösungswege aufzuzeigen. Daraus entstand ein gewisses „Ordnungssystem“ in den wesentlichen Bereichen Recht, Wirtschaft, Staat, Religion und Wissenschaft. Der Liberalismus als Erneuerungsprozess stand im Fokus, wissenschaftliche Kolloquien und Zirkel suchten nach Wegen für bessere Regeln der Wettbewerbsordnung als „gute Ordnung“. Mit Hayeks Buch „Der Weg zur Knechtschaft“ wurde die Rolle des Staates als „unparteiischer Schiedsrichter“ interpretiert. „Kultivieren und lernen statt kontrollieren“, lautete die Devise, wobei ein Mindestmaß an Statik auch für den Genuss von Dynamik nötig sei. „Soziale Marktwirtschaft“ würde man das ins Heute weitergedacht nennen, und sie basiert auf der Frage der Arbeitsteilung der Akteure im Staats-, Gemeinschafts- und Wirtschaftswesen. Hayek wurde nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder herangezogen, wenn es etwa um die Frage ging, ob man die an sich erfolgreiche „Kriegswirtschaft“ auch in Friedenszeiten fortführen solle. Ein Gedanke, der später auch bei Margaret Thatcher, Helmut Kohl oder Ronald Reagan in Ansätzen durchaus verfolgt wurde. Seit dem Jahr 2007, so Kolev, zeige sich eine wissenschaftliche Tendenz zur „kontrollierten Ordnungspolitik“, zu einer „Ordnungs-Ökonomie“. Wenn wir 2023 den 300. Geburtstag von Adam Smith begingen und heuer den 300. Geburtstag von Immanuel Kant feiern, so zeige sich auch in der heutigen Betrachtung mehr denn je ein klares und hochaktuelles Bild - und die Forderung nach einer „Gleichheit der Freiheit“ im System.

Im Gespräch zwischen **Mag. Jannine Hierländer, stv. Ressortleiterin Economist, „Die Presse“** und der Ökonomin **Prof. Dr. Monika Köppl-Turyna, Direktorin ECOAustria**, wurde die Anwendbarkeit von Hayeks Thesen auf die Gegenwart erläutert. Köppl-Turyna sprach davon, dass es viel angenehmer sei, in einem starken Sozialstaat zu leben, der viele Hindernisse beseitige - doch niemand wisse, wie es ohne einen starken Staat wäre. Außerdem fehle es oftmals an den visionären Köpfen in der Politik, weil es heute wenig opportun sei, sich politisch zu engagieren. Unternehmen verfolgen oftmals eine langfristige Orientierung, in der Politik seien schnelle Ergebnisse gewünscht, die es aber eben nicht immer gebe. Köppl-Turyna nannte als Beispiel den Klimaschutz und die Energiekrise: So

unternehme Österreich sehr viel mehr als andere europäische Staaten, wenn es um den Klimaschutz geht. Doch in der Frage der Strompreisentwicklung wären andere viel schneller gewesen. So habe Spanien in die Preisbildung eingegriffen, das Ergebnis sei eine deutlich niedrigere Inflation - andererseits hinke dieser Vergleich aber auch, weil die Inflation in Spanien deutlich früher als in Österreich eingesetzt habe und daher die Vergleichszahlen bedingt aussagekräftig seien. Der Stromkostenzuschuss in Österreich sei jedenfalls ein Fehler gewesen, sagte Köppl-Turyna, weil er den Wettbewerb unter den Versorgern ausgeschaltet habe und es zu wenig Anreize zum Energiesparen gegeben habe. Dafür sei lediglich die Inflation verlängert worden. Heute könnte man, so Köppl-Turyna, von Hayek aber doch auch einiges lernen - beispielsweise, wie gut sich flexible Arbeitsmärkte entwickeln können, man müsse dazu nur nach Dänemark blicken. Es brauche auch mehr Freihandel in der globalen Wirtschaftswelt, hier man müsse die Vorteile sichtbarer machen. Köppl-Turyna warnte vor einem kurzfristigen politischen Opportunismus, der gerade in Vorwahlzeiten sichtbar würde: Die „Wahlzuckerl“ aus dem letzten Nationalrats-Wahlkampf würden allein heuer das Budget mit mehr als vier Mrd. Euro jährlich zusätzlich belasten. In der Fiskalpolitik stellte sie die Frage, ob ein Defizit wirklich sein müsse? „Wir fokussieren uns auf die falschen Themen. Wir müssen die strukturellen Ausgaben prüfen und die konjunkturellen Ausgaben stärken“, betonte die ECOAustria-Expertin, die auch das jüngst beschlossene Baupaket kritisierte: Eine spontane Neuordnung wäre im Sinne Hayeks besser gewesen, als die Subventionierung einzelner Branchen in einem hochinflationären Umfeld. Zudem habe die Baubranche in den Jahren davor extrem gut gelebt. Man habe also ein strukturelles Problem, kein konjunkturelles Problem. Und bei den hohen Lohnabschlüssen zeige sich, dass die Menschen nun eben mehr sparen und für „Notsituationen“ wie den Arbeitsplatzverlust Geld zur Seite legen. Zur Frage der Bedeutung des Sozialstaates, etwa im Bereich von Mindestsicherung oder Arbeitslosengeld, meinte Köppl-Turyna, hier gebe es „keine magische Zahl“. Was zuviel oder zu wenig ist, sei immer auch eine Frage des Standpunkts. Andererseits warnte sie davor, dass der Sozialstaat immer mehr wachse. „Man gewöhnt sich eben an gute Sachen“, hielt sie kritisch fest. Damit übernehme aber langfristig die Verantwortungslosigkeit die Freiheit. Man müsse sich generell die Frage stellen, ob die Umverteilung, wie wir sie in Österreich erleben, Sinn mache. Eine klare Linie bezog Köppl-Turyna in der Frage der Zuwanderung: Es brauche offene Grenzen und jegliche Form der Zuwanderung, auch von niedrig qualifizierten Menschen, weil damit u.a. auch immer ein Schub in Richtung Entrepreneurship einhergehe.

In seinem Vortrag hielt **Mag. Dr. Alexander Linsbichler, MA, Senior Postdoc an der Johannes Kepler Universität Linz** fest, dass Hayek durchaus eine kontroverse Figur, doch die Österreichische Schule der Nationalökonomie bis heute ein unbestritten wertvoller Beitrag zur Forschung sei - und dies in vielen Facetten, weil sie u.a. sowohl sozialwissenschaftliche als auch erkenntnistheoretische Aspekte in ihr vereine. „Das ist viel mehr als reine Ökonomie“, so Linsbichler, der von „political economy“ und nicht „economics“ sprach. Das sei deshalb so wichtig, weil die Wissenschaft aus einer einzigen Perspektive nicht als Erklärungsmodell diene: Wenn wir alles nur aus Sicht der Ökonomen oder Meteorologen oder Epidemiologen betrachten und bewerten, wäre das problematisch. Doch Interdisziplinarität zu institutionalisieren, ist schwierig und komplex. Umso wertvoller war der Mises-Kreis, der sehr heterogen besetzt war und auch - damals eine „Revolution“ - Frauen inkludierte. Es ging um eine Toleranz der Ideen, einen Fallibilismus, auch eine gewisse intellektuelle Bescheidenheit,

eben niemals aus einer Sicht alles lösen zu können - konsequent zu Ende gedacht, mündet dies sogar in Toleranz hinsichtlich verschiedener Logiken, wie Karl Menger erkannte. Ohne Toleranz und konstruktive Kritik drohe „ein Ende der Wahrheit“ (Hayek). Daher sei auch die „Summe des Wissens aller immer größer als das Wissen des einzelnen“, beschrieb Linsbichler eines von Hayeks zentralen Argumenten gegen den Sozialismus. Verstehen und interpretieren sei dazu der Schlüssel. Die Österreichische Schule der Nationalökonomie vertrat also, fasste Linsbichler zusammen, als Teil der Wiener Spätaufklärung, die klare Meinung, dass man Wissen generieren und verbreitern müsse. Dabei sei freilich auch kritisch die Frage zu stellen: Wo hört die Aufklärung auf und wo fängt die Propaganda an?

In der abschließenden Podiumsdiskussion „Ist die Energie- und Klimakrise nur mit Planwirtschaft zu lösen? Sind wir auf dem Weg in die Klimaknechtschaft“ unter Moderation von **Dr. Alexander Biach, Standortanwalt Wien**, zeigten sich spannende Feststellungen um die Frage, wie relevant Hayek heute noch ist.

**Prof. Dr. Veronika Grimm, Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der TU Nürnberg sowie Mitglied im Rat der Wirtschaftsweisen**, sprach von der Notwendigkeit, Optionenräumen zu schaffen - Räume zur Diskussion, damit man Dinge sich entwickeln lassen könne und nicht durch zu schnelle Entscheidungen oder Richtungsvorgaben seitens der Politik technologische Optionen ausschließe. Insgesamt sollte man die Freiheit der möglichen Lösungsansätze nicht zu sehr einschränken. Auf der EU-Ebene funktioniere das recht gut, es gebe eine gewisse Preisstabilität, Verlässlichkeit, Ordnung und daraus resultierende Instrumente. Andererseits wurden die Auswirkungen der Taxonomie schlicht verschlafen - es wurde zu spät reagiert, auch in Wissenschaft und Forschung. Die hohen Energiepreise, meinte Grimm ferner, hätten auch gewisse Vorteile mit sich gebracht. So wurde aufgrund der Kosten sehr viel Gas eingespart bzw. nicht verwendet, Unternehmen hätten verstärkt auf ihre Energieeffizienz geachtet. Dennoch seien die Einflüsse der hohen Energiepreise überall zu spüren, in Frankreich etwa oder in Spanien - wobei gerade in Spanien die Versorgung nie das große Thema war, weil durch die Häfen eine gute Verfügbarkeit mit Flüssiggas gegeben war. Der größte Fehler war aber sicherlich, so Grimm, die „enorme Russland-Abhängigkeit“. Früher hätten sich LNG-Terminals in Deutschland nicht gerechnet, heute fehlen sie. Am Beispiel der reduzierten EEG-Umlage in Deutschland zeige sich, dass staatliche Interventionen auch zurückschlagen können. Für Grimm ist jedoch der Emissionshandel beispielsweise ein Ausdruck für den funktionierenden Marktmechanismus, der aber verbesserungswürdig sei. Hingegen habe der mit Druck vorangetriebene Ausstieg aus den FCKW-Kühlmitteln sehr rasch Erfolge gebracht - dies war jedoch ein begrenztes Problem.

**Prof. Dr. Renate Köcher, Geschäftsführerin des Institutes für Demoskopie Allensbach**, bedauerte, dass Hayeks Ideen kein Thema in der Öffentlichkeit seien. zumal gerade Österreich und Deutschland vor sehr ähnlichen Herausforderungen stehen würden und die angelsächsische Kultur die Rolle von Staat und Individuum generell anders interpretieren würde. In unseren Breiten herrsche oft die Meinung vor, die Wirtschaft sei etwas Böses. In einer paternalistischen Grundhaltung würden viele denken, der Staat wüsste, wohin die Gesellschaft zu gehen habe, damit alle eine Erfolgsgeschichte erleben könnten. Das sei eine toxische Mischung, so Köcher. In der Frage der aktuellen Klimadiskussionen stellte Köcher fest, dass die Bevölkerung bestechlich sei: Wenn sie einen direkten Nutzen sehe, sei sie für

Maßnahmen, wenn sie keinen sehe, sei die Bevölkerung skeptisch. So laufe die Politik derzeit Gefahr, durch erzwungenen Heizungstausch oder den Druck zur E-Mobilität den Rückhalt zu verlieren. Es gebe zu wenig Anreize und zu viele Interventionen. Auch die Rolle Europas sei zu abstrakt. Für Köchert stelle sich heute oft die Frage, ob wir einen selbständigen oder einen betreuten Menschen in einem Staatsgefüge haben wollen. „Der Staat kann und soll den Menschen nicht vor allem Schlechten bewahren, auch wenn er das Existenzrisiko minimieren muss“, so Köchert. Es gehe immer darum, größtmöglichen Nutzen und geringstmöglichen Schaden zu bewirken. Derzeit bestehe die Gefahr einer Entfremdung zwischen Wirtschaft und Politik: Auf die Frage, ob die europäische Politik die Wirtschaft stärke oder schwäche, antworten zwei Drittel der Brüsseler EU-Mitarbeiter mit einer Stärkung - doch 60 % der deutschen Unternehmen sprachen von einer Schwächung. „Der Flurschaden ist enorm“, folgerte Köchert.

Ein kritischer Aspekt, der von **DI Iris Ortner, MBA, Geschäftsführende Gesellschafterin IGO Industrie**, unterstrichen wurde. „Alles soll geregelt werden, alles ist zu kleinteilig“, sagte Ortner. Sie vermisse heute die Eigenverantwortung der Menschen. Die USA würden viel mehr Freiheiten bieten. Der richtige Weg liege im Zulassen von Kreativität und Innovation - „da haben wir noch Verbesserungsspielraum“. Iris Ortner plädierte dafür, dass sich Österreich in manchen Bereichen vom „Gold Plating“-Standard verabschieden müsse. Wolle man weiter auf den internationalen Märkten erfolgreich und konkurrenzfähig sein. Lohnkosten senken, Leistung fördern, Bildung intensivieren - so schaffe man Qualität und Innovationen. Für Iris Ortner sind Verlässlichkeit, Planbarkeit sowie Bürokratie-Abbau die wesentlichen Aufgabenstellungen für eine zukunftsorientierte Politik. Ein Bürokratie-Ausbau wie etwa bei den neuen ESG-Regeln sei nicht hilfreich: „Allein wir müssen als Unternehmen über 1000 Daten und Messwerte liefern, wissen aber nicht genau, welche“, illustrierte Ortner, „das beschäftigt letzten Endes vor allem die Berater, die uns prüfen werden.“

**Bundeskanzler a.D. Christian Kern** bewertete Hayek als bedeutenden Theoretiker, dessen Thesen auch heute noch viel Bedeutung hätten. So gehörten Wettbewerb und Markt zweifellos zu den wichtigsten Fundamenten für unseren Wohlstand. Doch gelte der Prophet oft wenig im eigenen Land, so Kern, und gleichzeitig müsse man auch feststellen, dass Dogmen und fertige Rezepte nicht dabei helfen, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Überzogene Standpunkte seien negativ, wenngleich, so Kern, der Klimawandel - „da verhandeln wir die Existenz der Menschheit“ - zupackende Regulierungen benötige. Auch die Taxonomie sei gut gemeint, die Umsetzung lasse aber zu wünschen übrig. Die große, auch politische, Frage sei, wie wir das Gesellschaftsmodell Europas und den Wohlstand künftig erhalten können. Die Energiemärkte und die Energiepreise hätten jedenfalls viele Menschen vor große Herausforderungen gestellt. Für Kern hatte die Merit-Order-Regel lange Zeit durchaus Sinn, später hätten sich aber die Grenzen dieser Idee gezeigt. So seien die Energiepreise nun wieder deutlich nach unten gegangen, doch der Strom koste immer noch um 40-50 % mehr als vor der Krise. Man könne nicht hoch genug einschätzen, welche Probleme der Energiemarkt mit sich gebracht habe, so Kern, und nannte dabei u.a. die hohen Lohnabschlüsse und die Inflation. Doch staatliche Eingriffe wurden in Österreich abgelehnt und öffentliche Anbieter wie VERBUND für ihre hohen Gewinne gescholten, dabei habe das Management dort nichts Falsches gemacht. Gegenwärtig seien neben dem Energiethema generell die Standortqualität und Wettbewerbsfähigkeit Europas auf eine harte Probe gestellt.

So verliere Europa immer mehr Vorteile im internationalen Vergleich, beispielsweise auch gegenüber den USA. Für Kern ist jedoch nicht nur die Frage entscheidend, wie wir produktiver werden können, sondern vor allem auch, wie wir künftig mit den Themen Staatsverschuldung, Chinas Position, Sicherheit, Gesundheitswesen sowie Bildung und demografischer Knick umgehen. Wie gestaltet man die künftige, passende Geldverteilung? Wie bereitet sich Europa auf eine mögliche weitere Präsidentschaft von Donald Trump vor? Fragen wie diese müssten auf europäischer Ebene geklärt werden, so Kern.

**Bundeskanzler a.D. Dr. Wolfgang Schäussel**, Initiator des Hayek-Symposiums, erinnerte daran, dass Hayek sein berühmtes Buch „den Sozialisten in allen Parteien“ gewidmet habe. In allen Parteien habe es immer unterschiedlichen Strömungen und Sichtweisen gegeben. Gleichzeitig müsse man bei aller Verehrung von Hayek auch festhalten, dass ihm die Themen, die uns heute quälen, schlicht nicht bekannt sein konnten. „Die KI ist fast wie die Lektüre von Faust 1“, illustrierte Schäussel. Auch sei der heutige Welthandel und die damit verbundene Verflochtenheit, aber auch die Abhängigkeit von China, für Hayek nicht vorherzusagen gewesen. Und dennoch lasse sich vieles auch heute noch ableiten von Hayek. Etwa die Idee einer „Weltregierung“, die ein föderales Rahmensystem festlegt, das auf Miteinander und kooperativen Lösungsmodellen basiert. Außerdem sollte der Markt selbst immer Optionen bieten - beispielsweise eine Technologieoffenheit in der Mobilität. Denn klar sei auch: Die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele der EU, um ein Beispiel zu geben, retten die Welt allein auch nicht. Dazu brauche es inhaltliche Kooperationsprojekte sowie die Nutzung von Übergangstechnologien. Sonst schaffe man, betonte Schäussel, beim Bürger Enttäuschungen und Frustration. Die Pariser Ziele und das Kyoto Abkommen zum Klimaschutz seien vernünftig und wichtig - aber man dürfe nicht rigide nur ein Thema bevorzugen. Heftig kritisierte Schäussel das Prinzip des Schuldenmachens: Europa habe insgesamt 13.500 Mrd. Euro Schulden, das allein koste 500 Mrd. Euro jährlich an Zinsen und belaste künftige Generationen. Für Schäussel ist das permanente Brechen der Maastricht-Regeln schlicht untragbar, wenngleich er eine Hilfe für die Ukraine in diesem Zusammenhang ausnimmt. Wolfgang Schäussel warnte davor, die Staatsschulden immer weiter auszubauen. „Man muss eine Reserve haben, falls etwas passiert“, so der frühere Bundeskanzler. Gleichzeitig kritisierte er das Bildungssystem: 30 % der Kinder mit Migrationshintergrund können nicht lesen, schreiben oder rechnen, 10 % der Österreicher können das alles ebenfalls nicht. Hier verliere man den Anschluss als Gesellschaft und Wirtschaftsnation. Vehement forderte Schäussel mehr Mut zu Freihandelsabkommen: Wenn Europa nicht durchgängig ein solches mit Kanada schließen könne, mit wem wolle man dann künftig Geschäfte machen?

Die Schlussworte von **Rudolf Taschner** beschäftigte sich mit der Frage der Zukunft Europas. Wissenschaft und Technologie, so Taschner, werden in Umweltfragen eine zentrale Rolle spielen - und dazu brauche es entsprechende Bildung und verbreitetes Wissen, ganz im Sinne Hayeks. Er mahnte in Anlehnung an Hayek „die Bürokraten in allen Parteien“ zur Umsicht, damit das „sanfte Monster Bürokratie“ nicht noch mehr an Überhand gewinne.

**Wolfgang Schäussel** sandte am Schluss eine klare Botschaft in Richtung Brüssel: Für Europa zu sein bedeute auch, europäische Ideen kritisieren und neu denken zu dürfen. Derzeit würden 80-90 % aller Beschlüsse im Trilog - ein paritätisch zusammengesetztes Dreiertreffen der gesetzgebenden Institutionen der

Europäischen Union: Europäische Kommission Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament - fallen. Verordnungen und Gesetze werden oft durchgewunken, ohne eine kritische Auseinandersetzung damit zu führen. Besser wäre es, auf das Spiel und die Diskussion mit verteilten Rollen zu setzen. Und, so mahnte Schüssel: Es ist höchste Zeit aus dem Mainstream-Gedanken der „Anspruchsmentalität“ auszubrechen und zu einer leistungs- und verantwortungsorientierten Denk- und Handlungsweise zurückzukehren. Denn das wäre es, was sich Hayek wünschen und was er auch fordern würde.

ENDE